

aktuell



Schuldenbremse

**Es geht um Österreichs
Handlungsfähigkeit –**

Es geht um Rot-Weiß-Rot

Österreich darf nicht in die Fänge der Spekulanten geraten, die auf ein schnelles Geschäft hoffen. Die Aufrechterhaltung unserer hervorragenden Bonität ist der einzige sichere Weg, um den Staatshaushalt vor den Folgen von Spekulationen zu schützen und die Handlungsfähigkeit Österreichs zu erhalten. Die von der Regierung beschlossene Schuldenbremse ist daher eine notwendige Maßnahme, um das hohe sozialpolitische Niveau in unserem Land aufrechtzuerhalten. Damit sichern wir unsere Kreditwürdigkeit. Das bedeutet erstens, dass Österreich gegen Spekulanten und deren unmoralischen Geschäfte abgesichert wird. Und zweitens, dass es zu keinem Ansteigen der Zinszahlungen kommt, was mit dem Verlust des sogenannten Triple-A verbunden wäre. Nur so ist es möglich, auch Spielraum für künftige Investitionen zu haben. Die Schuldenbremse wird daher von Expertinnen und Experten vom Institut für höhere Studien (IHS) bis Oesterreichische Nationalbank praktisch durchgängig gelobt und als sinnvoll und notwendig bewertet. Mehr Fakten und Argumente zur Schuldenbremse ab Seite 4.

Eure Redaktion

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,
Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

SPLITTER

Kinderbetreuungsplätze weiter ausbauen!



Mehr Betreuungsplätze für die Kleinen

Durch die Anstoßfinanzierung des Bundes für Kinderbetreuungsplätze konnten von 2008 bis 2009 17.500 neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Damit sind 6.000 neue Arbeitsplätze verbunden. Dieser Weg wird von der SPÖ-geführten Regierung konsequent weiter beschritten, 15 Millionen Euro werden in den nächsten drei Jahren jeweils investiert. Denn nach wie vor finden 46 Prozent keine Betreuungsangebote in ihrer Nähe, 34 Prozent keine Angebote für Kleinkinder und 20 Prozent keine freien Plätze, wenn Einrichtungen vorhanden sind.

WERNER FAYMANN AUF FACEBOOK

Dein direkter Kontakt zum Bundeskanzler!

jetzt vernetzen!

facebook.com/bundeskanzlerfaymann



Zimmer

SPÖ-BGF Günther Kräuter: FPÖ lehnt gerechte Besteuerung von Millionären ab.

FPÖ will Millionäre schützen

„Während FP-Chef Strache pro Millio-närsteuer plakatiert, wird von seinen Gefolgsleuten im Parlament jede gerechtere Besteuerung von Millionären vehement abgelehnt“, kritisiert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Im Nationalrat hatte FPÖ-Mann Roman Haider jüngst eine Brandrede gegen die höhere Besteuerung von Millionären gehalten. Für Kräuter ein neuerlicher Beleg „für die Doppelbödigkeit der FPÖ. Der Propagandaabteilung von FPÖ-Obmann Strache ist mittlerweile offenbar völlig egal, ob Plakatinhalte auch nur im entferntesten mit Parlamentsreden korrespondieren“.

Aufklärung will Kräuter auch darüber, wer die aufwändigen Plakatkampagnen der FPÖ bezahlt. „Strache soll erklären, mit welchen ‚part-of-the-game‘-Methoden die Finanzierung erfolgt“, verlangt der SPÖ-Bundesgeschäftsführer.

ÖSTERREICH 2020 NEUE AUFGABEN. NEUE ANTWORTEN. NEUE ALLIANZEN.

SPÖ

Für die Rubrik „Quergeschrieben“ im „SPÖ Aktuell“ und für das Meinungsforum der Plattform www.oe2020.at hat der Initiator des Bildungsvolksbegehrens Hannes Androsch einen Kommentar geschrieben ... Seite 14

EUROPA

Josef Weidenholzer neuer SPÖ-EU-Abgeordneter

Die letzte Hürde ist genommen: Ab Mitte Dezember wird Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer das SPÖ-EU-Team als fünfter Abgeordneter verstärken. Der zukünftige EU-Mandatar betont, dass „das europäische Projekt wirtschaftlich und politisch in einer ernsten Situation ist. Die gegenwärtige Krise stellt eine historische Herausforderung dar. Wir brau-

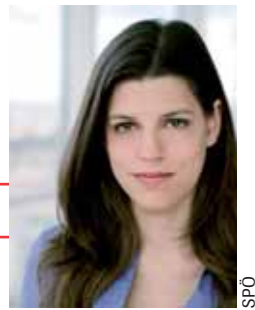
chen mehr Europa. Wir brauchen ein soziales Europa und wir brauchen ein Europa, das die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Ich freue mich auf die neue Herausforderung und darauf, meine langjährige Erfahrung einzubringen“. Der Delegationsleiter der SPÖ-EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried freut sich, den neuen Abgeordneten begrüßen zu dürfen:

Spiola



Josef Weidenholzer wird ab Dezember das Team von Hannes Swoboda, Jörg Leichtfried, Evelyn Regner und Karin Kadenbach ergänzen.

„Mit Josef Weidenholzer wird unser Team um einen anerkannten Sozialpolitik-Experten verstärkt. Seine konstruktive Mitarbeit wird dazu beitragen, die Forderungen der Sozialdemokratie auf europäischer Ebene noch besser umsetzen zu können.“



STANDPUNKT

Schuldenabbau erleichtert Finanzmarktregulierung

Es geht nicht um ein Entweder-oder. Wenn Österreich seinen politischen Handlungsspielraum behalten möchte, ist beides notwendig: Sparen und Regulieren. Wir haben eine starke Wirtschaft und eine geringe Arbeitslosigkeit. Wir gehören zu den Besten in Europa und damit das so bleibt, braucht es einen finanziellen Rahmen, um unsere Schulden abzubauen. Je weniger Schulden wir haben, desto höher ist unsere Unabhängigkeit von den Finanzmärkten und umso leichter kann man diese auch regulieren.

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, damit Entscheidungen über Österreich auch in Zukunft im Land selbst getroffen werden. Um das Primat der Politik zu erhalten, müssen wir unsere Schulden abbauen, die Finanzmärkte regulieren und das Bankenrisiko eindämmen. Wir müssen unser Budget rasch in den Griff bekommen, denn derzeit hat Österreich einen Schuldenberg von 205 Milliarden Euro. Wir bezahlen jährlich über sieben Milliarden Euro an Zins-Rückzahlungen. Dieses Geld könnte in vielen Bereichen besser eingesetzt werden. Damit hätte man zusätzlichen Gestaltungsspielraum für nachhaltige Investitionen, Wachstum und gerechte Verteilungspolitik.

Ein aktuelles Beispiel von der Macht der Finanzmärkte liefert der Blick nach Deutschland. Im Vergleich mit unserem Nachbarn sind bei uns die Zinskosten für zehnjährige Staatsanleihen doppelt so teuer. Im Übrigen wurde in Deutschland die Schuldenbremse bereits 2009 unter dem damaligen SPD-Finanzminister Peer Steinbrück in der Verfassung verankert und das zeigt offenbar Wirkung!

Verändern können wir die Macht der Rating-Agenturen erst richtig, wenn wir unabhängig von den Finanzmärkten sind. Die Schuldenbremse ist ein erstes wichtiges Etappenziel auf dem Weg dorthin. Aber sie gibt nur die Rahmenbedingung vor – wie wir konsolidieren, entscheidet die gewählte Mehrheit im Parlament. Es braucht einen Mix aus gerechten Einnahmen und Sparsamkeit bei den Ausgaben. Es braucht vermögensbezogene Steuern wie die Millionärssteuer ebenso wie Sparsamkeit beispielsweise bei der Verwaltung. Weiters braucht es natürlich auch Maßnahmenpakete, wie beispielsweise



Verändern können wir die Macht der Rating-Agenturen erst richtig, wenn wir unabhängig von den Finanzmärkten sind. Die Schuldenbremse ist ein erstes wichtiges Etappenziel auf dem Weg dorthin.

se das von den Sozialpartnern zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters.

Auch muss dafür gesorgt werden, dass die Banken ihr Risiko zurückfahren. Die Finanzmarktaufsicht und die Nationalbank haben gemeinsam mit heimischen Banken ein Maßnahmenpaket erarbeitet, um das Risiko der österreichischen Banken in Osteuropa zu beschränken. Das stabilisiert die heimischen Banken und stärkt in Kombination mit der Schuldenbremse das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Österreich.

Als Sozialdemokratie darf uns nicht egal sein, in die Fänge der Finanzmärkte und von Spekulanten zu geraten. Es darf uns nicht egal sein, dass ein paar Buchstaben – wie AAA – bestimmen, wie es um Österreich steht. Es darf uns nicht egal sein, Schulden an den internationalen Finanzmärkten zu haben! Denn erst die Unabhängigkeit von den Finanzmärkten ermöglicht es uns, sie zu kontrollieren und nicht umgekehrt!

Die Schuldenbremse ist die Rahmenbedingung dafür – sie ist ein Bekenntnis zum

„Es braucht einen Mix aus gerechten Einnahmen und Sparsamkeit bei den Ausgaben. Es braucht vermögensbezogene Steuern wie die Millionärssteuer ebenso wie Sparsamkeit beispielsweise bei der Verwaltung.“

Schuldenabbau. Als SPÖ gelang es uns bereits bei der letzten Budgetkonsolidierung, einen ausgewogenen Mix aus Einsparungen und neuen Einnahmen herzustellen. Mit der Bankenabgabe, der Vermögenszuwachssteuer oder beispielsweise auch mit der Änderung der Stiftungsbesteuerung kommen zwei Drittel der neuen Einnahmen von Banken, Konzernen, Stiftungen und Spekulanten. Da zeigt sich auch klar der Unterschied zur schwarz-blauen Regierung. Wir werden jedes Jahr aufs Neue für eine ausgewogene Konsolidierung kämpfen müssen!

Wir sind ein reiches Land mit einer hohen Beschäftigung. Darauf sind wir stolz! Wir gehören zu den Ländern mit der besten Bonität weltweit und damit das so bleibt, müssen wir unser Defizit in Ordnung bringen. Dann fließt das Steuergeld nicht in Zins-Rückzahlungen, sondern wir haben den finanziellen Spielraum, in die Zukunft zu investieren – in Bildung und Beschäftigung! ♦



Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf www.facebook.com/laurarudas.at

BUDGET

Unabhängig bleiben

Die Regierung will bei Opposition und Skeptikern mit Information und Aufklärung für die Schuldenbremse werben. Österreich soll unabhängig von den Finanzmärkten bleiben.



SPÖ

Die Schuldenbremse schränkt den Handlungsspielraum der Regierung nicht ein, sondern sichert diesen mittelfristig ab – und damit den Sozialstaat.

„Wenn Gefahr droht, müssen wir Dämme errichten – die Schuldenbremse ist ein solcher Damm.“

Bundeskanzler Werner Faymann

WEBTIPP



Ein Video von Bundeskanzler Werner Faymann, in dem er die Notwendigkeit der Schuldenbremse erläutert:
<http://bit.ly/tY3o77>

Ich führe dieses Land nicht in eine Schuldenfalle!“ – Bundeskanzler Werner Faymann macht deutlich, warum Sparsamkeit und Budgetsanierung angesagt sind. Schulden sind teuer, weil sie die hervorragende Bonität Österreichs gefährden. Österreich muss sein Triple-A verteidigen, denn eine sehr gute Bonität Österreichs hält auch die Zinsen auf österreichische Staatsanleihen vergleichsweise niedrig.

Finanzmärkte regulieren

„Es ist unsere Aufgabe, diese Stellung Österreichs im Interesse unserer Unabhängigkeit von den Finanzmärkten abzusichern“, unterstrich Faymann diese Woche nach dem Ministerrat. Würde sich die Bonität verschlechtern, steigen die Zinsen auf Staatsanleihen und somit wiederum die Schulden (s. Kasten).

Wohin das führen kann, hat sich in anderen Ländern gezeigt, „die nicht mehr in der Lage sind, zu einigermaßen leistbaren Zinsen Geld zu bekommen“. Deshalb soll die Schuldenbremse auch in den Verfassungsrang: Dies sei der finanzielle Rahmen, um unabhängig zu bleiben, von den Finanzmärkten, „die wir ja reglementieren wollen“, so der Kanzler.

Sparsamkeit und gerechte Einnahmen

Die Regierung will deshalb eine Schuldenbremse in der Verfassung, die klar macht, dass Österreich die Budgetkonsolidierung ernst nimmt und konsequent verfolgt. Ab 2017 soll es dann maximal 0,35 Prozent vom BIP Defizit (Neuverschuldung) geben; bis 2020 soll die gesamte Staatsverschuldung auf 60 Prozent des BIP gebracht werden. Für die SPÖ ist dabei

von Finanzmärkten

klar: Für die Bewältigung dieser Aufgaben sind nicht nur Reformen und effizientes Sparen, sondern auch vermögensbezogene Einnahmen nötig, wie der Kanzler betont.

Darüber wird nun in der Koalition verhandelt. Die SPÖ-Forderungen, wie etwa die Einführung einer Millionärssteuer, liegen auf dem Tisch.

„Tag der Wahrheit“

Überzeugungsarbeit will die Regierungsspitze nun bei der Opposition leisten. Denn für die Verankerung in der Verfassung braucht es die Zustimmung mindestens einer Oppositionspartei. Diese zieren sich allerdings noch bzw. verknüpfen ihr Ja mit teils unerfüllbaren Forderungen. Dafür gibt es auch reichlich mediale Kritik (s. Kasten mit Pressestimmen). Kanzler und Vizekanzler appellierten deshalb an das Verantwortungsbewusstsein der anderen Parteien; die Opposition sollte nun Flagge zeigen, nämlich die rot-weiß-rote. „Jetzt kommt der Tag der Wahrheit“, so der Kanzler.

Überzeugen und informieren

Aufklären und Informieren will der Bundeskanzler auch bei Skeptikern der Schuldenbremse, etwa in der Gewerkschaft. Hier gibt es Befürchtungen, die Schuldenbremse würde den Spielraum des Staates einschränken. Die SPÖ-Regierungsmitglieder wie Sozialminister Hundstorfer zum Beispiel sind jedenfalls zuversichtlich, dass diese Bedenken ausgeräumt werden können.

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder versichert, dass es auch künftig möglich sein soll, in Krisenzeiten „schnell und massiv gegenzusteuern“. Schieder: „Ich glaube, die Gewerkschaft wird zu überzeugen sein. Die Schuldenbremse bedeutet ja nicht, dass wir nichts gegen eine Wirtschaftskrise tun können. Unser Modell lässt ein Gegensteuern durchaus zu.“ Auch Frauen- und Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will die Sicht der Gewerkschaften respektieren und darüber diskutieren: Die Konsolidierung muss ausgewogen sein, „wir müssen auch einnahmenseitig sparen“. ♦

PRESSESTIMMEN



„Frivoles Spiel“

„(...) Dass die Freiheitlichen den Stopp der österreichischen Griechenlandhilfe verlangen oder als Gegenleistung fürs Mittun den parlamentarisch besiegelten Euro-Rettungsschirm einer Volksabstimmung unterziehen wollen, wundert nicht. Blau ist und bleibt destruktiv. Das BZÖ rennt auch nur mit dem politischen Kleingeldbeutel durch die Gegend und verlangt für seine Zustimmung allen Ernstes „einen genauen Stufenplan“, wie gespart werden soll. Leider sind auch die Grünen mit dem billigsten Schmäh unterwegs. (...) Hoffentlich sind diese Positionen nur taktisch übliche, weit überzogene Forderungen, bevor es in Detailgespräche geht. Denn sonst könnten flott ein paar Hundert Millionen Euro

beim Teufel sein. Nämlich dann, wenn uns die bösen Finanzmärkte Anleihen nur noch abkaufen, wenn wir noch und noch und immer mehr Zinsen drauflegen.“

Wolfgang Simonitsch am 22. 11.



„Reine Obstruktion“

„Heinz-Christian Strache hat sie gefordert. Josef Bucher ebenso, und zwar genau das Modell, das nun zur Debatte steht. (...) Es ist keine Bürgerpflicht, die Schuldenbremse zu mögen. Die Grünen haben das nie getan – man kann ihnen deshalb auch nicht vorwerfen, beim Nein zu bleiben. Anders die Blauen und Orangen, die nun wahnwitzige, unerfüllbare Bedingungen stellen. (...) Wer den beiden nicht Unzurechnungsfähigkeit unterstellen will, kann nur zum Schluss kommen: Es geht um reine Obstruktion.“

Gerald John am 22. 11.

INFO

Staatsanleihen, Renditen, Spreads – Was ist das?

Staatsanleihen

Wenn ein Staat Geld auf den Finanzmärkten aufnehmen will, gibt er Staatsanleihen aus. Im Gegenzug erhält der Staat Kredit. Auf die Anleihen müssen Zinsen gezahlt werden. Jede Anleihe wird für eine bestimmte Laufzeit sowie zu einem bestimmten Zinssatz ausgestellt. Je länger die Laufzeit, desto höher in der Regel das Risiko für den Anleger und damit der Zins, den der Staat zahlen muss. Gleiches gilt für die Bonität (Kreditwürdigkeit): Je schlechter die Bonität, desto höher die Zinsen, die ein Staat zahlen muss.

Bonität

Sie bezeichnet die Fähigkeit von Personen oder Staaten, Kredite zurückzahlen zu können. Die Kreditwürdigkeit von Staaten und Unternehmen wird von Rating-Agenturen bewertet. Diese Ratings geben an, wie wahrscheinlich es ist, pünktlich die Zinsen sowie das verliehene Geld zurückzubekommen. Die Bewertungen reichen von hervorragend – AAA – bis Zahlungsausfall – D (Default). Danach richtet sich auch der Zinssatz, den Staaten für Staatsanleihen (s. oben) zahlen müssen.

Österreich ist derzeit einer von nur 18 Staaten weltweit, die überhaupt die Bestnote Triple-A haben; in der Euro-Zone gehören wir zu den besten fünf.

Renditen

Anleihe-Renditen sind die Zinsen, die Staaten für ihre Staatsanleihen zahlen müssen. Bei sehr guter Bonität – Österreich hat Triple-A – sind die Zinsen niedriger. Wird die Bonität allerdings herabgestuft, steigen die Zinsen und es erhöhen sich automatisch die Staatsschulden, was die Schuldenlage zusätzlich verschlechtert. Beispiel Griechenland: Viele Jahre musste Athen den Investoren für zehnjährige Staatsanleihen unter fünf Prozent Zinsen zahlen, mittlerweile aufgrund der Schuldenkrise sind es 28 Prozent!

Spread

Zinsspread ist der Unterschied zwischen Zinssätzen. Der Spread österreichischer Staatsanleihen zu den deutschen – diese gehören zu den niedrigsten in Europa – ist in den letzten Monaten deutlich gestiegen, in den vergangenen Tagen allerdings wieder gesunken.

FRAUEN

„Gestärkt gegen Gewalt“

Am 25. November beginnen wieder die „16 Tage gegen Gewalt“. Wie wichtig diese Aktion ist, zeigt die schockierende Tatsache, dass jede fünfte Frau von Gewalt betroffen ist.

16 Tage gegen Gewalt“ ist eine internationale Kampagne, die jedes Jahr am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, am 25. November, beginnt und bis zum 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, stattfindet. Die SPÖ Frauen starten heuer unter dem Motto „Gestärkt gegen Gewalt“ Verteilaktionen in ganz Österreich. In Papiersackerln mit dem Aufdruck „Gestärkt gegen Gewalt“ sowie mit der Frauenhelpline 0800 222 555 werden österreichweit kleine Snacks verteilt. „An belebten Orten, wie etwa Einkaufszentren, sprechen wir Frauen direkt an und machen auf Gewaltschutz- und Beratungseinrichtungen aufmerksam“, erklärt SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz.

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN



Das Sujet der Kampagne der SPÖ Frauen zu „16 Tage gegen Gewalt“

Gewalt gegen Frauen in Österreich

- » Jede fünfte Frau in Österreich ist zumindest einmal in ihrem Leben von Gewalt in ihrem direktem Umfeld betroffen.
- » Im Jahr 2010 wurden laut Innenministerium von der Exekutive 6.759 Wegweisungen gegen Gewalttäter ausgesprochen.
- » Im Jahr 2010 haben 3.448 Personen, davon 1.733 Frauen und 1.715 Kinder, in 26 autonomen österreichischen Frauenhäusern und Frauennotwohnungen Zuflucht gefunden.
- » In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der dokumentierten Gewaltopfer verdreifacht (2001 rund 5.000 und 2010 rund 15.000 dokumentierte Fälle häuslicher Gewalt an Frauen).



Gewalt gegen Frauen kommt in allen sozialen Schichten vor.

Studien zufolge steigt gerade auch in Zeiten der Wirtschaftskrise die familiäre Gewalt gegen Frauen. Allerdings fassen auch immer mehr Frauen den Mut, aus Gewaltbeziehungen auszubrechen. Denn durch das weitreichende Angebot an Gewaltschutzeinrichtungen hat auch das Wissen über die gesetzlichen Möglichkeiten zugenommen.

Netzwerk gegen Gewalt

Das Netzwerk der Gewaltschutzeinrichtungen in Österreich ist dicht: Derzeit gibt es zehn gesetzlich verankerte Gewaltschutzzentren, 110 Mädchen- und Frauenberatungsstellen und die bundesweite kostenlose Frauenhelpline, die 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag zur Verfügung steht. Ein weiteres, sehr gut angenommenes Angebot ist die Online-Beratung www.frauenberatenfrauen.at.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will die Gewaltschutzeinrichtungen weiter ausbauen und einen flächen-

deckenden Schutz sicherstellen. Um eine flächendeckende Betreuung zu erzielen, wurde das Budget für Interventionsstellen gegen Gewalt für 2012 um 3,5 Prozent erhöht.

Opferschutz in Spitälern

Eine wichtige Maßnahme zum Schutz von Gewaltopfern wurde vor kurzem im Ministerrat beschlossen: Der Ausbau der Opferschutzgruppen in den Spitälern. Vorgesehen sind Schulungen für SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und ÄrztInnen. Denn viele Betroffene haben Scheu, darüber zu sprechen, was ihnen angetan wurde – oft wird die Gewalt als eigenes Versagen erlebt. Daher ist umfassende Information auch für jene, die mit Gewaltopfern in Kontakt kommen, besonders wichtig. Schulungen des medizinischen Personals tragen dazu bei, die Sensibilität und das Wissen um die gesetzlichen Möglichkeiten zu erhöhen. ♦

VERWALTUNGSREFORM

Aus 31 Sicherheitsbehörden werden 9

Nächster Erfolg bei der Verwaltungsreform: Nach den Beschlüssen zur Einrichtung der Verwaltungsgerichte und des Bundesamts für Asyl und Migration werden nun die Bundessicherheitsbehörden neu strukturiert.

Die bisher 31 Sicherheitsdirektionen, Bundespolizeidirektionen und Landespolizeikommanden werden zu neun Landespolizeidirektionen zusammengeführt. Diese werden sich um kriminalpolizeiliche und sicherheitspolizeiliche Aufgaben kümmern und für die Logistik, Personaladministration und für Verwaltungsverfahren zuständig sein. Die damit verbundenen Einsparungen werden zwischen acht und zehn Millionen Euro betragen. Derzeit arbeiten Experten an den Details, bereits im Herbst 2012 sollen die Landespolizeidirektionen eingerichtet werden. Das ist ein weiterer wesentlicher Schritt zu einer effizienten und schlanken Verwaltung. „Die Verwaltungsreform ist ein gutes Beispiel für die gelungene Zusammenarbeit der Regierung. Wir wollen die Verwaltung neu gestalten und Dinge, die zusammengehören, zusammenfügen“, betont Staatssekretär Josef Ostermayer.

Schnellere Prozesse

Ein wichtiger Schritt für Verwaltungseinsparungen ist die Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Hier werden 120 Sonderbehörden auf nur elf reduziert: Neun Landesverwaltungsgerichtshöfe und zwei Bundesverwaltungsgerichte. Diese Reform soll Mitte 2012 im Nationalrat beschlossen werden und 2014 in Kraft treten. Derzeit laufen noch Abstimmungsgespräche mit der Opposition. Ein Beschluss, der für die Menschen nicht nur aufgrund der damit verbundenen Einsparungen sehr relevant ist: „Einerseits durch eine Steigerung der Rechtsstaatlichkeit und auf der anderen Seite werden Verfahren wesentlich schneller ablaufen“, bekräftigt Ostermayer.

Weitere Verschlinkungen

Ein weiterer Schritt für mehr Verwaltungseffizienz ist das Bundesamt für Asyl und Migration. 194 Behörden werden hier zu



Staatssekretär Josef Ostermayer und SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl präsentieren gemeinsam mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und ÖVP-Sicherheitssprecher Günter Kößl weitere Schritte bei der Verwaltungsreform.

einer zusammengeführt. „Damit werden Doppelgleisigkeiten und komplexe Strukturen beseitigt“, so Ostermayer. Zudem wird die Volksanwaltschaft zur Anlaufstelle und Prüfungsinstanz für Menschenrechtsfragen. Das wurde mit dem Zusatzprotokoll zur Anti-Folter-Konvention OPCAT im Ministerrat beschlossen. Ostermayer dazu: „Das ist die größte Veränderung der Volksanwaltschaft, seit es sie gibt.“

Größte Verwaltungsreform der Zweiten Republik

Die gesetzten Schritte sind die größte Verwaltungsreform der Zweiten Republik, ist SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl überzeugt: „Nach der Einführung der Verwaltungsgerichte und des Bundesamts für Asyl und Migration ist der nächste logische Schritt, die Behörden im Sicherheitsbereich neu zu strukturieren.“ ♦

ZUM THEMA

Verwaltungsreform auf einen Blick

- » **Verwaltungsgerichtsbarkeit**
120 Sonderbehörden werden auf 11 reduziert – neun Landesverwaltungsgerichtshöfe und zwei Bundesverwaltungsgerichte.
- » **Bundesamt für Asyl und Migration:**
194 Behörden werden zu einer einzigen zusammengeführt.
- » **Bundessicherheitsbehörden:**
Aus 31 Sicherheitsdirektionen, Bundespolizeidirektionen und Landespolizeikommanden werden 9 Landespolizeidirektionen.

INNOVATION

„Intelligente Verkehrssysteme“ für bestmögliche Fortbewegung

Verkehrsministerin Doris Bures will mit sogenannten „Intelligenten Verkehrssystemen“ den Verkehr für zukünftige Generationen flüssiger, umweltfreundlicher und sicherer gestalten.

SPÖ



Für Verkehrsministerin Doris Bures ist klar: „Wir müssen heute Maßnahmen setzen, um den Ansprüchen der Zukunft im Verkehrswesen gerecht zu werden.“

Wir müssen die erforderlichen Technologien, die nach jahrelanger Forschung weit gereift sind, so einsetzen, dass das steigende Verkehrsaufkommen in Zukunft nachhaltig, umweltfreundlich und sozial gerecht gestaltet werden kann“, sagt Infrastrukturministerin Doris Bures, die Österreich als Marktführer auf dem Gebiet von „Intelligenten Verkehrssystemen“ positionieren will.

„Mit Investitionen in die Forschung und der Förderung österreichischer Technologien schaffen wir zusätzlich neue, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und stärken den Wirtschaftsstandort Österreich“, erklärt die Ministerin. Jetzt geht es darum, in gemeinsamer Zusammenarbeit von Po-

litik, Wirtschaft und Wissenschaft die entwickelten Projekte in die Tat umzusetzen.

Projekte in der Testphase

Zurzeit sind zwei Projekte, die vom BMVIT finanziell unterstützt werden, in der Testphase. Das erste Projekt wird von der AS-FINAG betrieben, mit dem Ziel, Verkehrsmeldungen in Echtzeit an den Lenker zu übermitteln. Das zweite Projekt beschäftigt sich mit dem Testfeld Verkehrstelematik, also intelligente Verkehrssteuerung. Beide Projekte haben die Vermeidung von Staus zum Inhalt. „Es gibt Studien, die zeigen, dass durch die Vermeidung von Staus sechs bis sieben Prozent weniger CO₂-Ausstoß entsteht“, erklärt Bures. ♦

VIENNA ECONOMIC FORUM Wirtschaft in der Donauregion stärken

Zum achten Mal fand heuer das „Vienna Economic Forum“ statt. Die Konferenz stand diesmal unter dem Motto „Die Wirtschaft als Motor der regionalen Entwicklung“.

Bundeskanzler Werner Faymann, der die Konferenz eröffnete, betonte: „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Wirtschaft im Donauraum zu stärken sowie Wachstum und Stabilität in unseren Ländern zu fördern. Denn eine starke Wirtschaft und hohe Wettbewerbsfähigkeit sind der Schlüssel für die Entwicklung jeder Region in Europa.“ Um erfolgreich zu bleiben, gelte es jetzt, in wichtige Zukunftsbereiche (z.B. Forschung, Bildung, grüne Technologie) zu investieren, sagte Faymann. Das Vienna Economic Forum wurde gegründet, um die Kooperation der Länder von der Adria bis zum Schwarzen Meer vom Standort Wien aus zu fördern. ♦

Für Bundeskanzler Werner Faymann ist klar: Enge Zusammenarbeit ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders wichtig. Das „Vienna Economic Forum“ leistet dazu einen wichtigen Beitrag.



HBf/Wenzel

BUNDESHEER Zwei Drittel der Panzer werden eingespart

Das Bundesheer stellt sich auf neue Bedrohungen ein und ordnet seine Panzerflotte neu: Bis 2014 werden rund zwei Drittel der Panzer eingespart.

Wir trennen uns von kostenintensivem Gerät, das teuren Ballast für das Bundesheer darstellt und das wir nicht mehr brauchen“, erklärt Verteidigungsminister Norbert Darabos. Das Bundesheer wird rund 750 seiner 1.150 gepanzerten Fahrzeuge verkaufen, verschrotten oder für Ersatzteilgewinnung heranziehen. Die Verwertung wird bis 2014 Einnahmen von 17 Mio. Euro bringen. Dazu kommen jährlich ca. 15 Mio. Euro durch Einsparungen bei den Betriebskosten. Das Credo von Darabos ist klar: „Nur in jene Waffengattungen investieren, die wir tatsächlich für unsere Einsätze brauchen.“ ♦



Bundesheer

Bei den teuren Panzern wird gespart – in geschützte Mehrzweckfahrzeuge für die Truppe wird investiert.

Sachbuch

Extreme Rechte in Europa

Die politisch extreme Rechte findet in Europa wieder verstärkt ein Zuhause. Der Rassismusforscher Heribert Schiedel hat zu diesem brisanten Thema ein informatives Buch vorgelegt.

In seinem neuen Buch beschreibt der renommierte Rassismus- und Antisemitismusforscher Heribert Schiedel die vielfältigen rechtsextremen Vernetzungen innerhalb Europas. Damit leistet er einen ebenso wertvollen wie unverzichtbaren Beitrag zur Sensibilisierung unserer Gesellschaft. Der Autor arbeitet heraus, wie sich im Westen Europas vor allem mit der Hetze gegen Muslime Wahlen gewinnen lassen, während

der Rechtsextremismus in Osteuropa nach wie vor auf „Zigeuner“ und Juden zielt. Schiedels kenntnisreiche Studie belegt, dass dieser Extremismus hier wie dort im unmittelbaren Wortsinn brandgefährlich ist, da Gewalt gegen Schwache und Fremde überall in Europa rasant zunehmen. Heribert Schiedel arbeitet als Rechtsextremismusforscher im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. ♦

Geschichte

Stimmen der Flucht

Basierend auf berührenden Interviews hat Anthony Grenville, selbst Sohn österreichischer Emigranten, zum ersten Mal das Leben österreichischer Flüchtlinge in Großbritannien dokumentiert.

Großbritannien nahm zwischen dem „Anschluss“ und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs über 30.000 vor den Nazis geflüchtete Österreicher auf – so viele wie sonst nur die Vereinigten Staaten. Ungefähr 90 Prozent dieser Menschen waren Juden. Großbritannien wurde dadurch zu einem der wichtigsten Länder für die österreichisch-jüdische Emigration. In diesem Buch erzählen jüdische Emigranten von ihrer Kindheit und Jugend

in Österreich, von Anschluss und Verfolgung durch die Nazis, von Emigration nach und Aufnahme in Großbritannien, vom Erleben des Krieges und von den mannigfaltigen Aspekten der Integration in die britische Gesellschaft. Trotz der lebendigen wienerischen Kultur in Großbritannien existierte bisher keinerlei Dokumentation, die sich dem dortigen Leben österreichischer Flüchtlinge nach dem Krieg widmet. ♦

Zukunft

Das Megatrend-Prinzip

Was bewegt unsere Welt? Der „Zukunftsforscher“ Matthias Horx geht in seinem neuesten Buch Megatrends nach, die für ihn die großen Veränderungen der Gesellschaft markieren.

Wir erleben eine Zeitenwende in der arabischen Welt, einen politischen Bruch. Eine neue Generation meldet sich zu Wort, die Verhältnisse zwischen den Staaten ordnen sich neu. Die Forderungen der Bürger in den Staaten der arabischen Welt sind sehr ähnlich: Würde, Freiheit, demokratische Beteiligung und ein Ende von Korruption und Unterdrückung. Und überall sind die Proteste vor allem von der jungen Generation getragen. Allerdings unterscheiden sich die

einzelnen Staaten hinsichtlich ihrer politischen Traditionen und Systeme sowie ihrer wirtschaftlichen Macht. Das Spektrum der Ereignisse reicht daher von Reformversuchen von oben und relativ raschen Machtwechseln über die blutige Unterdrückung friedlicher Proteste bis hin zum Bürgerkrieg. Volker Perthes analysiert die Vielgestaltigkeit des Aufbruchs der arabischen Welt und fragt auch nach den Folgen für die deutsche und europäische Politik. ♦



..... Stk.



Heribert Schiedel:
Extreme Rechte in Europa.
Edition Steinbauer, Wien 2011;
120 S., 22,50 Euro



..... Stk.



Anthony Grenville:
Stimmen der Flucht.
Czernin Verlag, Wien 2011;
264 S., 24,90 Euro



..... Stk.



Matthias Horx:
Das Megatrend-Prinzip.
Deutsche Verlags-Anstalt,
München 2011;
335 S., 23,70 Euro

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

SPORT

SPÖ-Sportkonferenz war ein voller Erfolg

Um Sportpolitiker, -experten und Menschen aus der Praxis miteinander zu vernetzen und um den organisierten Sport zu unterstützen, initiierte SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist eine Serie von Sportkonferenzen.



SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist, Johann Friedinger (Präsident des Tischtennis Verbands OÖ) und ASKÖ-OÖ-Präsident Fritz Hochmair bei der ersten SPÖ-Sportkonferenz in OÖ.

Zur ersten SPÖ-Sportkonferenz im Land Oberösterreich waren Politiker, Fachverbandspräsidenten, Sportfunktionäre, Lehrer und Dachverbandsvertreter ins ASKÖ Bewegungszentrum gekommen. Krist zieht eine

ihren Vorträgen und Rechtsauskünften keine Fragen offen. Ergänzt wurden die Referate mit Infos aus dem Sportministerium sowie durch die Behandlung von ausgewählten Rechtsproblemen aus dem Vereinsleben.

erfreuliche Bilanz: Hochkarätige Expertinnen und Experten referierten über aktuelle Sportthemen wie „Kinder gesund bewegen“ oder „Bewegung und Sport in der Schule“. Die Sportwissenschaftlerin Daniela Nikl, ASKÖ-Bundeskoordinator Günter Schagerl, Claudia Koch vom BMUKK und andere ausgezeichnete Referenten ließen mit

Gemeinsam Herausforderungen meistern

Der Erfahrungsaustausch zwischen Praktikern, Vereinsfunktionären und Experten aus dem Gesundheits- und Bildungsbereich ist unverzichtbar für die Sportpolitik: „Nur gemeinsam sind die Herausforderungen, die im Gesundheitssektor, im Bildungsbereich und auch im Vereinsleben auf uns warten, zu meistern“, betonte Krist. „Ich bin sehr zufrieden, positiv überrascht und fühle mich in meinem Vorhaben, mit dem Konzept der ‚SPÖ-Sportkonferenz‘ als direkter Ansprechpartner für den organisierten Sport und Sportinteressierte durch alle Bundesländer zu touren, mehr als bestätigt.“

Der SPÖ-Sportsprecher freut sich auf die sportbegeisterten Steirerinnen und Steirer bei der nächsten Konferenz im Jahr 2012. ♦

BUNDESHYMNE

„Töchter“ kommen zu den „Söhnen“

Endlich wurde die zeitgemäße Anpassung der Bundeshymne beschlossen.

Die „Töchter“ haben es in die Bundeshymne geschafft. SPÖ und ÖVP haben sich mit den Grünen auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, der in einer der nächsten Plenarsitzungen im Dezember beschlossen werden soll. Demnach wird es künftig in der Bundeshymne heißen: „Heimat großer Töchter und Söhne“. Eine zweite Änderung gibt es in Strophe drei. Dort werden die „Bruderchöre“ durch „Jubelchöre“ ersetzt. „Mit diesem Antrag wird die gesamte Hymne in einem Guss ins Gesetz geschrieben und in eine neue, zeitgemäße Form gebracht“, betont SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. „Sprache ist wichtig und schafft Bewusstsein. Eine Veränderung der Sprache ist somit auch eine Veränderung der Welt“, ist Wurm überzeugt. ♦



Kaufmann

SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm betont, dass Sprache Bewusstsein schafft.

KINDERGELD

SPÖ erwirkt Entschärfung bei Zuverdienstgrenze

Das Drängen der SPÖ hat sich ausgezahlt: Ab 2012 wird es zu einer Entschärfung der Zuverdienstregelung kommen.

Das einkommensabhängige Kindergeld hat sich als Erfolgsmodell erwiesen. „Hier gibt es eine Väterbeteiligung von 27 Prozent“, freuen sich SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm und Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. Dennoch gab es auch berechtigte Kritik an dem Modell. Die Zuverdienstgrenze beträgt 374 Euro pro Monat. Bisher wurden dafür alle Monate angerechnet, in denen mindestens 16 Tage Kindergeld bezogen wurde.



photos.com

Auf Druck der SPÖ sind künftig nur noch jene Monate relevant, in denen mehr als 23 Tage Kindergeld bezogen wurde. ♦

„Kindergeldrückforderungen an die Eltern sind in jedem Fall kontraproduktiv“, sagt SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier.

TOURISMUS

Arbeitsplätze in der Region fördern



Im Tourismusausschuss des Parlaments wurden einstimmig wichtige regional-, arbeitsmarkt- und konsumentenpolitische Ziele beschlossen, etwa der Ausbau fundierter Ausbildungen im Tourismus.

SPÖ-Tourismussprecherin Heidrun Silhavy ist erfreut über die gemeinsamen Zielsetzungen, unter anderem die weitere Attraktivierung von Wintersportwochen in den Schulen. Ein besonderes Anliegen ist der SPÖ-Tourismussprecherin in diesem Zusammenhang, dass Klein-Schigebiete gefördert werden: „Weil kleine Schigebiete meist in Abwanderungsgebieten liegen, müssen wir diese schon aus regionalpolitischen Gründen fördern und damit Arbeitsplätze in der Region schaffen. Das ist ein wesentlicher Bestandteil der ländlichen Entwicklung.“

Spitzenkräfte von morgen ausbilden

Zufrieden zeigt sich Silhavy auch über den einstimmigen Beschluss, der eine fundierte und zukunftsfähige Ausbildung für Tourismus-Fachkräfte zum Inhalt hat. „Zum einen wollen wir bürokratische

Hemmnisse in der Tourismusbranche abbauen und gleichzeitig die fundierte Ausbildung nachhaltig ausbauen. Damit schaffen wir die Basis für die Spitzenkräfte von morgen“, betont die SPÖ-Tourismussprecherin. Außerdem begrüßt Silhavy die Initiative der Sozialpartnerschaft „Fit im Betrieb“ für gesundheitsfördernde Mitarbeiterangebote in Klein- und Mittelbetrieben sowie die Zusage von Wirtschaftsminister Mitterlehner, sich für eine bessere Entlohnung und eine attraktivere Lehrlingsentschädigung einzusetzen. „Es muss unser Ziel sein, gesunde Arbeitnehmer länger im Betrieb zu haben. Dafür müssen wir neben der ständigen

photos.com



Um ländliche Regionen zu fördern und die Abwanderung in Grenzen zu halten, setzt sich Heidrun Silhavy besonders für Klein-Schigebiete ein.

Verbesserung der Rahmenbedingungen eben auch für eine entsprechende Entlohnung sorgen“, sagt Silhavy. ♦

SOZIALAUSSCHUSS

Faire Pensionserhöhung beschlossen

Der Sozialausschuss des Parlaments hat eine Reihe wichtiger Maßnahmen beschlossen, darunter die Pensionserhöhung, die dafür sorgt, dass die Kaufkraft der älteren Generation in schwierigen Zeiten erhalten bleibt.

SSPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits spricht in Sachen Pensionserhöhung (sozial gestaffelt bis zu 2,7 Prozent) von einer „fairen Lösung“ und von einem „Zeichen des Respekts gegenüber der älteren Generation“. Ein weiterer wichtiger Beschluss: Der erleichterte Zugang zur Bildungskarenz, der sich in der Wirtschaftskrise bewährt hat, wird unbefristet verlängert. Demnach kann eine Bildungskarenz bereits bei Vorliegen einer mindestens sechsmonatigen Beschäftigung vereinbart werden. Für Csörgits ist die Bildungskarenz eine wichtige Zukunftsinvestition, weil sie die Weiterqualifizierung innerhalb eines aufrechten Dienstverhältnisses ermöglicht. ♦



SPÖ Klub

Durch die sozial gestaffelte Pensionserhöhung bleibt die Kaufkraft unserer älteren Generation erhalten.

VOLKSANWALTSCHAFT

Volksanwaltschaft wird aufgewertet

Mit der Umsetzung einer UN-Anti-Folter-Konvention wird die Volksanwaltschaft zur zentralen Anlaufstelle und Prüferin in Menschenrechtsfragen.

Das ist die größte Veränderung der Volksanwaltschaft, seit es diese Institution gibt. Sie wird damit zur kompetenten Anlaufstelle für Missbrauchsoffer“, sagt SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann. In Zukunft besteht für die Volksanwälte die Möglichkeit, unangemeldet Kontrollbesuche in Heimen, Gefängnissen sowie Einrichtungen der Jugendwohlfahrt durchzuführen. Pro Jahr sollen bis zu acht Kommissionsbesuche durchgeführt werden. „Die Volksanwaltschaft hat jahrelange Erfahrung und gilt als kompetenter Partner für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land“, pflichtet SPÖ-Volksanwaltschaftssprecher Hannes Fazekas bei. ♦



Fotolia

SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann und SPÖ-Volksanwaltschaftssprecher Hannes Fazekas begrüßen die Ansiedlung der menschenrechtlichen Prüfkompentenzen bei der Volksanwaltschaft.

NIEDERÖSTERREICH

„Pro Mensch“: Starkes Netzwerk für soziale Gerechtigkeit



SPÖ NÖ

LH-Stv. Sepp Leitner, Bgm. Peter Kalteis, PVNÖ-Obmann Hannes Bauer, Kinderfreunde-Sekretär Bernhard Wieland und NR-Abg. Ewald Sacher sind „Pro Mensch“.



Eine neue Plattform in Niederösterreich vereint ganze sechs Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, gemeinsame Kräfte zu bündeln und sich für die Menschen in ihrem Bundesland einzusetzen.

„Es ist ein Netzwerk für soziale Gerechtigkeit und ein ökologisch nach-

haltiges Niederösterreich“, erklärt der Vorsitzende der SP Niederösterreich und des Vereins Pro NÖ, LHStv. Sepp Leitner. Neben Pro NÖ sind die NÖ Volkshilfe, die Kinderfreunde, der Pensionistenverband, die ASKÖ und die Naturfreunde NÖ mit von der Partie. „Die Organisationen der Plattform ‚Pro Mensch‘ verfügen über jahrzehntelange Erfahrung und hochqualifizierte

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Idee von ‚Pro Mensch‘ ist es, dieses Potential zu bündeln, um mit vereinter Kraft noch mehr erreichen zu können“, sind sich die Vorsitzenden der Organisationen einig.

Plattform startet mit ambitionierten Projekten

Die Volkshilfe NÖ ist etwa mit dem Projekt „Sozialombudsleute“ an der Plattform beteiligt. Ziel dieses Projekts ist es, Ansprechpersonen für die Anliegen älterer Menschen zu finden. Mittlerweile gibt es bereits 1.000 ausgebildete Ombudsmänner und -frauen, die mitmachen. Im Interesse der älteren Generation handelt auch der Pensionistenverband, der sich um die Frage des würdevollen Alterns in gewohnter Umgebung kümmert. Die Kinderfreunde wiederum befassen sich mit dem Thema Migration und Integration. Dazu gehören Projekte wie Schülermentoring, ein integratives Eltern-Kind-Cafe und das Pilotprojekt „Integration durch gemeinsames Kochen“.

JUGENDENQUETE

Null Toleranz für Rassismus

Jugendenquete 2011



19. November 2011
EGA | Windmühlgasse 26
1060 Wien

Workshops und Diskussionen standen im Mittelpunkt der Jugendenquete, die von den SPÖ Frauen in Zusammenarbeit mit SPÖ-Jugendorganisationen veranstaltet wurde.

Die SPÖ hat sich in Hinblick auf die beispiellose Mordserie von Neonazis in Deutschland aber auch skandalösen rechten Aussagen wie z.B. jüngst von FPÖ-Generalsekretär Kickl im Rahmen



Rege Diskussion: Das Thema ist brandaktuell ihrer Jugendenquete „Null Toleranz für Rassismus“ mit Konzepten gegen rechte Strömungen beschäftigt. Noch immer zeigt sich, dass Rechtsextremismus und Rassismus leider ebenso aktuell wie brandgefährlich sind. Umso wichtiger ist es daher, gegen den Rassismus



Fotos: Knie

Der Höhepunkt der Enquete war die Diskussion mit Verena Fabris von der Volkshilfe Österreich, Mari Steindl vom Interkulturellen Zentrum Wien, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, der Moderatorin Irini Tzaferis (SJ Wien-Vorsitzende) und der Wiener Landtagsabgeordneten Nurten Yilmaz.

aufzustehen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bekräftigte in der Abschlussdiskussion: „Alle Menschen in diesem Land müssen lebenswerte und gerechte Bedingungen vorfinden und die gleichen Chancen haben. Wichtig ist der Zusammenhalt aller in Österreich.“

OBERÖSTERREICH

Landesparteitag im Zeichen der Erneuerung



Die Werte der Sozialdemokratie sind die Werte der Zukunft. In Oberösterreich wurde mit dem „morgen.rot“-Prozess ein inhaltlicher Aufbruch auf Basis dieser Werte eingeleitet, der am Landesparteitag Widerhall fand.

Über 1.000 Delegierte der SPÖ-Oberösterreich und Gäste nahmen am Parteitag in Wels teil. Die Aufbruchstimmung war deutlich zu spüren. „Verteilungsgerechtigkeit ist zukunftsorientiert, die Werte der Sozialdemokratie sind zukunftsorientiert“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann, der gemeinsam mit dem wiedergewählten Josef Acknerl Hauptredner war. „Lasst uns unsere Inhalte und unsere Werte als Programm leben und damit zeigen, wie wir unser Land gestalten wollen und können“, rief Acknerl zum Aufbruch auf.



Bundeskanzler Werner Faymann überreichte Landesparteivorsitzendem Josef Acknerl die Victor Adler Plakette für seine Verdienste um die Sozialdemokratie.

Die Menschen brauchen Gerechtigkeit

Faymann und Acknerl sprachen sich unisono für eine Millionärssteuer aus. „Das Geld brauchen wir, um Bildung, Pflege oder Gesundheit zu finanzieren“, sagte Acknerl. Auch eine Finanztransaktions-

steuer würde zusätzliche Einnahmen bringen, die in Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung investiert werden könnten. Der Mittelstand sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen schon genug bei. Jetzt sind die an der Reihe, die es sich leisten können.

Dem „morgen.rot“ entgegen

Um sich inhaltlich noch fitter für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen, leitete die SPÖ-Oberösterreich 2009 den „morgen.rot“-Prozess ein. Über 300 Veranstaltungen, an denen mehr als 9.000 Menschen teilnahmen, haben stattgefunden. Die Ergebnisse wurden am Parteitag präsentiert. ♦

SALZBURG

16 Millionen Euro für die Schwarzenberg-Kaserne



Die Schwarzenberg-Kaserne in Salzburg ist einer der wichtigsten Militärstandorte in Österreich. Ihre Sanierung wird in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Für das Jahr 2012 sind zu diesem Zweck Mittel in der Höhe von 6,8 Millionen Euro geplant. Im Jahr 2013 sollen weitere 9,3 Millionen Euro investiert werden. In den vergangenen Jahren wurden bereits etwa 8,8 Millionen Euro für die Sanierung der Kaserne bereitgestellt. „Mit dem Investitionspaket von mehr als 16 Millionen Euro wurden und werden entsprechende Generalsanierungen der bestehenden Infrastruktur und vor allem der Unterkünfte durchgeführt. Das ist ein deutliches Signal für den Standort“, freut sich der Salzburger Nationalratsabgeordnete und SPÖ-Wehrsprecher Stefan Prähauser. ♦



SPÖ Ktn

„Die Modernisierung der Schwarzenberg-Kaserne ist für den Standort von essentieller Bedeutung“, sagt NR-Abg. Stefan Prähauser.

RENNER INSTITUT

Politischer Nachwuchs gets together



RennerInstitut

Bereits zum dritten Mal trafen sich die Nachwuchsakademie der SPÖ Kärnten und die Wiener Parteischule, um zentrale Fragen der Nachwuchsförderung zu diskutieren.

Im Mittelpunkt der gut besuchten „get2gether“-Veranstaltung, die von den RI-Landesstellen „Kärnten und Wien organisiert wurde, stand die Frage: „Nachwuchs fördern – aber wie?“ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiteten Verbesserungsvorschläge zur Nachwuchsförderung, die sie dem Bundesbildungsvorsitzenden Michael Ludwig mit auf den Weg gaben. ♦



Die Teilnehmer der Kärntner Nachwuchsakademie und der Wiener Parteischule, Bundesbildungsvorsitzender Michael Ludwig, Stv. RI-Direktorin Barbara Rosenberg.



QUERGESCHRIEBEN

Soziale Gerechtigkeit erfordert Bildungsoffensive

Wissen, Bildung und Know-how werden immer bestimmender für ein sinnerfülltes Leben und den beruflichen Erfolg jedes Einzelnen, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit jeder Volkswirtschaft.

„Fordern und Fördern muss zum pädagogischen Motto in den Schulen werden. Ebenso muss Chancengleichheit zur Selbstverständlichkeit werden.“

Österreich, nach dem Zweiten Weltkrieg ein Armenhaus, schaffte den Aufstieg zu einem reichen Industrieland mit hoher Lebensqualität, vorbildlichen Umweltstandards, breitem Wohlstand und einem dichten sozialen Netz. Diese Erfolgsstory droht zu kippen, wenn wir uns nicht endlich besser für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts zu rüsten beginnen. Dabei kommt der Bildung als immer wichtiger werdender Rohstoff eine Schlüsselrolle zu. Diesem Umstand trägt unser Bildungssystem nicht ausreichend Rechnung, wie die PISA-Tests in erschreckender Weise zeigen.

Österreich braucht grundlegende Bildungs-Reform

Österreich braucht daher eine grundlegende Reform des gesamten Bildungsbogens, vom Kindergarten über die Schulen, die berufliche Ausbildung, die Universitäten bis zur Erwachsenenbildung. Diese Reform muss auf ein zeitgemäßes, in die Zukunft gerichtetes Bildungssystem ausgelegt werden, in dem für die Anforderungen ihres Berufs bestens geeignete und hervorragend ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen neben Wissen auch soziale Kompetenz und Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft vermitteln.

Wenn wir in Zukunft weiter punkten möchten, dürfen wir auf kein Talent und keine Begabung verzichten. Fordern und Fördern muss daher zum pädagogischen Motto in den Schulen werden. Ebenso muss Chancengleichheit zur Selbstverständlichkeit werden. Daher ist wichtig, dass bei Migrationskindern vor der Ein-



Ein zeitgemäßes und zukunftsweisendes Bildungssystem braucht eine Reform des gesamten Bildungsbogens vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung.

schulung die ausreichende Beherrschung der Unterrichtssprache sichergestellt ist. Der gesellschaftlichen Realität der Berufstätigkeit beider Elternteile ist durch ein ausreichendes Angebot von Ganztagschulen zu entsprechen.

Geld für größtmögliche Chancengleichheit bereitstellen

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, sozialen Friedens und Beibehaltung unseres Wohlstands erfordert als politische Antwort Investitionen in ein modernes, auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichtetes Bildungssystem, das größtmögliche Chancengleichheit bietet. Daher sind die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens so rasch wie möglich in die Tat umzusetzen und die dafür notwendigen Geldmittel bereitzustellen.

Die Schieflage der öffentlichen Haushalte auch in unserem Land ist vor allem die Folge der exorbitant ansteigenden Kosten einer wuchernden Bürokratie und allzu oft überdimensionierter sozialer Leistungen wie etwa überzogene Frühpensionie-

rungen. Eine wirksame Schuldenbremse in diesen Bereichen ist deshalb unumgänglich, weil wir ansonsten immer mehr Geld für Zinsendienste ausgeben müssen statt diese Mittel für die Erhöhung von Löhnen und Pensionen, aber auch Investitionen in die Zukunft wie Bildung, Forschung und Innovationen verwenden zu können.

Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden – daher muss ein nationaler Schulterschluss nach dem Motto erfolgen: „Sparen, wo möglich, investieren, wo nötig.“ Sonst setzen wir den erreichten Wohlstand aufs Spiel und verlieren ihn schneller als Viele gerne noch glauben wollen. ♦

Hannes Androsch war Finanzminister und Vizekanzler, Generaldirektor der CA und ist heute als Industrieller tätig. Er ist vielfach gesellschafts-, wirtschafts- und wissenschaftspolitisch engagiert. Der Initiator des Bildungsvolksbegehrens setzt sich weiterhin vehement für die Umsetzung der dort gestellten Forderungen ein.
www.androsch.com



Ein Gewinn für die Zukunft!

Wir setzen auf CSR. Vom Spielerschutz über den schonenden Umgang mit Ressourcen bis hin zur Unterstützung zahlreicher Organisationen und Projekte im Interesse der Allgemeinheit: Casinos Austria lebt Corporate Social Responsibility seit seiner Gründung vor mehr als 40 Jahren. Für Mensch und Umwelt. Aus Überzeugung.

Gut für Österreich.

CASINOS AUSTRIA



Projekt

Verkehrsministerin Doris Bures hat unlängst vier innovative E-Mobilitätsprojekte mit dem „Staatspreis Mobilität 2011“ ausgezeichnet. Unser Bild zeigt die Ministerin mit den Preisträgerinnen und -trägern des Jugend-Anerkennungspreises.

Respekt

Seit 80 Jahren ist Fritz Barwitzius Mitglied der SPÖ. Dafür wurde er jetzt vom Wiener Neustädter Bürgermeister Bernhard Müller (im Bild mit Christine Schlögl und Erwin Ledwinka von der SPÖ Wiener Neustadt) geehrt.



Atelier-Besuch

Im Rahmen der „Vienna Art Week“ hat Kulturministerin Claudia Schmied (im Bild u.a. mit Künstlerin Beatrice Dreux und Sabine Schaschl vom Beirat für bildende Kunst des BMUKK) die zu „Open Studios“ umfunktionierten Bundesateliers in der Wiener Westbahnstraße besucht.

Schul-Besuch

Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat seine ehemalige Schule, die Berufsschule für Verwaltungsberufe im 5. Wiener Gemeindebezirk, besucht. Der Minister hat im Rahmen der Schuldiskussions-Reihe „Die EU, deine Bundesregierung und Du“ ausführlich die Fragen der interessierten Schülerinnen und Schüler beantwortet.

